

## **Keine Ausweitung der Atommülllagerung in Lubmin – eine neue Atompolitik für Mecklenburg-Vorpommern!**

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern stellt fest:

- Lubmin am sensiblen Naturraum Greifswalder Bodden zwischen Rügen und Usedom ist als Endlagerstandort für Atommüll völlig ungeeignet.
- Die Bundesregierung hat bis heute kein Konzept für die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls. Die bundesweite Suche nach einem Endlager hat begonnen.
- Konzepterstellung und Umsetzung des Neubaus einer Halle zur Zwischenlagerung hochradioaktiven Atommülls in Lubmin werden von Betreiber und Bundesregierung nicht ernsthaft genug umgesetzt.
- Weder Betreiber noch Bundesregierung beantworten die zeitliche Diskrepanz der Genehmigungen der Castor-Behälter sowie eines Neubaus einer Halle zur Zwischenlagerung in Lubmin auf der einen und der Verfügbarkeit eines Endlagers auf der anderen Seite.
- Das Ausweitungsbetreiben der EWN geschieht ohne Rücksicht auf den klaren parteiübergreifend mehrfach geäußerten politischen Landeswillen, das Zwischenlager Nord am Standort Lubmin ausschließlich für den Abbau der Kernkraftwerke in Lubmin und Rheinsberg und als Landessammelstelle zu nutzen. So droht das Zwischenlager in Lubmin zum atomaren Abfallplatz für den bundesdeutschen mittel- bis schwachradioaktiven Atommüll zu werden.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

- Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich ein bundesweites Zwischenlager-Konzept für hochradioaktive Abfälle zu erarbeiten. Gleichzeitig müssen alle Zwischenlager unverzüglich so umgestaltet werden, dass sie gegen nie auszuschließende Terrorgefahr maximal gesichert sind. Aus unserer Sicht macht das auch den Neubau einer Halle zur Zwischenlagerung im Zwischenlager Nord in Lubmin erforderlich.
- Bündnis 90/Die Grünen fordern, an allen Zwischenlagern unverzüglich damit zu beginnen, die technischen Voraussetzungen für Wartungs- und Inspektionseinrichtungen zu schaffen. Dazu gehört auch am Standort Lubmin das Vorhalten einer Heißen Zelle, in der defekte Castoren umgelagert werden können, denn nur so kann gewährleistet werden, dass keine defekten Behälter transportiert werden.
- Zu Fragen der Sicherheit, Risiken, Betrieb und Zukunft der Zwischenlager muss es eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte geben. Bündnis 90/Die Grünen fordern daher, die nötigen Impulse und organisatorischen Voraussetzungen dafür unverzüglich von den zuständigen Gremien, insbesondere dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicher-

heit (BfE) und der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zu geben und zu schaffen. Eine Mitwirkung des Nationalen Begleitgremiums zur Endlagersuche (NBG) halten wir für selbstverständlich, weil die Problemkomplexe Zwischen- und Endlager zusammenhängen.

- Bündnis 90/Die Grünen fordern Bundes- sowie Landesregierung des Weiteren auf, die Voraussetzungen zur Forschung an Fragen und Risiken der Zwischenlagerung zu verbessern.
- Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass das Zwischenlager Lubmin nicht zu einem faktischen Endlager ausgeweitet wird. Eine unbefristete oder eine langfristige Zwischenlagerung atomarer Abfälle aus dem ganzen Bundesgebiet und möglicherweise aus dem Ausland am Standort Lubmin muss unter allen Umständen verhindert werden!
- Bündnis 90/Die Grünen teilen die Ablehnung der Initiativen gegen die Errichtung eines Bereitstellungslagers zur Konditionierung mittel- und schwachradioaktiver Abfälle am Schacht Konrad, da hiermit Fakten geschaffen würden, die den Risiken an jenem Standort nicht Rechnung tragen.